

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMSTRASS 15
3003 BERN

Ein Ja für mehr Effizienz in Bern

Die FDP der Schweiz spricht sich für die Annahme des revidierten Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes aus, das am 9. Juni 1996 zur Abstimmung kommt. Mit 141 gegen 24 Stimmen haben die Delegierten der FDP Schweiz am 13. April 1996 in Montreux nach einer kontrastreich geführten Debatte deutlich die JA-Pa- role zu diesem Geschäft beschlossen.

hat sich vielfach bewährt und ermöglicht die Einbindung des Volkes in die politische Verantwortung. Es lohnt sich daher, dieses System im Grundsatz zu erhalten. Aber: Seit Gründung der modernen Eidgenossenschaft hat sich die Welt grundlegend verändert. Alle Probleme und Herausforderungen sind komplexer geworden, die Tätigkeit des Bundesrates hat sich gewandelt. Das System von 1848 und 1874 stösst an seine Grenzen.

Wir brauchen die Reform

Das neue Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz ist notwendig, um unser System zu verbessern. Die Reform steht auf drei Pfeilern:

- Das Gesetz gibt dem Bundesrat die Kompetenz, mittels einer Verwaltungsreform eine effizientere, bürgernähere Verwaltung zu schaffen.
- Es werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit in der Verwaltung schrittweise Methoden des New Public Management eingeführt werden können.
- Maximal 10 Staatssekretäre führen Teile der Verwaltung und vertreten den Bundesrat in verschiedenen Bereichen. Damit entlasten sie ihn wirksam.

Die FDP Schweiz ist von der Notwendigkeit all dieser Massnahmen überzeugt, um die Führungsstrukturen des Bundes tatsächlich verbessern zu können. Sie setzt sich deshalb für das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz ein, das mehr Flexibilität und Effizienz nach Bern bringt. ■

Freiwilliges Abo für den «Freisinn FDP»

Liebe Leserin, Lieber Leser

Dieser Nummer des «Freisinns FDP» liegt ein Einzahlungsschein für ein freiwilliges Abonnement von Fr. 20.- (oder mehr) bei. Mit dem «Freisinn» verfügt die FDP über die einzige Möglichkeit, alle ihre Mitglieder direkt zu erreichen. Mit Ihrem Beitrag helfen Sie, dass der

«Freisinn» als Mitgliederzeitung der FDP seine Aufgabe als Informationskanal von oben nach unten wie auch von unten nach oben weiterhin wahrnehmen kann.

Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung. ■

Markus R. Seiler,
Pressechef
FDP Schweiz

Unser bewährtes Regierungssystem stösst an Grenzen

Unser Regierungssystem stammt aus dem letzten Jahrhundert. Es

Inhalt

- Über die ersten Erfahrungen der neuen FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier lesen Sie ab Seite 5
- Die Linke und die Gewalt. Ein Kommentar auf Seite 12
- Abstimmung vom 9. Juni: Das Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger. Seite 13

Parolen

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Montreux hat die FDP der Schweiz folgende Abstimmungsparolen beschlossen:

- | | |
|---|----|
| Landwirtschaftsartikel | JA |
| Regierungs- und Verwaltungsorganisation | JA |



Russland: Ungewisser Ausgang

Am 16. Juni findet der erste und am 7. Juli der zweite, entscheidende Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen statt. 108 Millionen Russen sind wahlberechtigt. Der Ausgang der russischen Präsidentschaftswahl wird die Wahl der Amerikaner im November beeinflussen.

 Jacques Baumgartner

Wahrscheinlich wird sich Präsident Boris Jelzin (65) in der Stichwahl gegen den kommunistischen Kandidaten Gennadi Sjuganow (51) durchsetzen. Ein wiedergewählter Jelzin scheint das kleinere Übel für Russland und die Welt sein.

Das Ergebnis wird knapp ausfallen. Nach wie vor denkbar ist ein Abbruch der Wahlen nach dem ersten Gang. Solches wird im Kreml erwogen. Jelzin sprach sich gegen eine Verschiebung der Wahlen aus, schon um die Verfassung zu achten und um nicht Unterstützung im Westen zu verlieren.

Spekulation

Meinungsumfragen sind in Russland keine landesweit repräsentativen Erhebungen. Spekulation hat weiten Raum. Mitte Mai erwarteten 52 Prozent befragter Bürger, dass Jelzin wiedergewählt werde. Im Januar hatten ihm bloss 14 Prozent eine Chance gegeben. Ein Fünftel der Wähler ist unschlüssig und widerwillig.

Siegt Sjuganow, gibt es Gründe anzunehmen, dass er Russland und dessen Wirtschaft nicht erneut in ein planwirtschaftliches Korsett zwingen wird. Aber auch ein wiedergewählter Jelzin garantiert noch nicht freie Marktwirtschaft und Demokratie nach westlichem Verständnis. Davon ist Russland heute noch weit entfernt.

Die Kommunistische Partei wird von etwa einem Drittel der Wählerschaft getragen. Sjuganow

ist, um in den Kreml einziehen zu können, auf «rechte» Stimmen angewiesen. Ein Viertel der Russen wählt rechts-nationalistisch.

250 Parteien

Offiziell sind in Russland 250 Parteien, politische Bewegungen und Gruppen registriert, oftmals Diskutierklubs von Intellektuellen in Moskau.

Einzige organisierte Partei ist die kommunistische. Folge der organisatorischen Schwäche der übrigen Parteien sind Wechsel- und unberechenbare Wähler. Die Kommunisten müssten bei einem Wahlsieg von Sjuganow in Koalition regieren, mit Partnern mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Russlands ökonomischer Niedergang setzt sich fort. Im Januar und Februar sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um drei und vier Prozent. Gesamthaft liegt die Industrieproduktion bei etwa der Hälfte des Wertes von 1989. Ende vergangenen Jahres lebten 40 Prozent der Arbeitnehmer unter dem Existenzminimum.

Die Reformen in ihrer «bisherigen Form» seien beendet, sagt Jelzin. Der Staat werde seine Schlüsselrolle in der Wirtschaft nicht mehr verleugnen.

Für Sjuganow sind die Russen «im Grunde Kollektivist». Der Doktor der Philosophie will Volkseigentum wiederherstellen, die Banken, den Aussenhandel kontrollieren, den militärisch-industriellen Komplex «ankurbeln», jegliche Abhängigkeit vom Westen beseitigen.

Schirinowskis «eiserne Hand»

Mit «eiserner Hand» verspricht Wladimir Schirinowski (50) «für Recht und Ordnung zu sorgen». Der Chef der ultranationalistischen Liberaldemokratischen Partei droht sogar politischen Gegnern, die am Niedergang Russlands schuld seien, mit «physischer Abrechnung». Mit dem Irak und mit Libyen im Bunde soll die «antiimperialistische Solidarität der Völker» wie-

derhergestellt werden. General a. D. Aleksandr Lebed (45) sieht «Wohlstand, wenn Steuern gesenkt, die Exporte und die Rüstungsindustrie gefördert werden, eine protektionistische Wirtschaftspolitik betrieben wird». Ihm schwebt ebenfalls ein «restauriertes Grossland» vor.

Mit dem liberal gesinnten Reformkandidaten Grigori Jawlinski (44) ginge Jelzin gerne ein Wahlbündnis ein. Jawlinski beriet früher Gorbatschew. Er plädiert für einen einheitlichen, unteilbaren demokratischen Rechtsstaat und für Marktwirtschaft. Wahrscheinlich wird er sich nach dem ersten Wahlgang hinter Jelzin stellen.

Michail Gorbatschew (65), letzter Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und sowjetischer Präsident, spricht etwas vage von einer Macht, «die den Wohlstand des Volkes, Freiheit und soziale Gerechtigkeit als höchste Werte achten werde».

Für den Augenarzt Swjatoslaw Fjodorow (68) «sind die Ergebnisse der Leistung eines Men-

schen sein Eigentum». Die Produktionsmittel sollten denen gehören, von denen «gemietet» werden, die mit ihnen arbeiten.

Auswirkungen auf den US-Wahlkampf

Verliert Boris Jelzin, so (be)trifft es auch Bill Clinton. Nachteiligen politischen Niederschlag im Falle eines Sjuganow-Sieges befürchteten die Wahlstrategen des amerikanischen Präsidenten. Im Weissen Haus in Washington ist für diesen Fall bereits eine «politische Verteidigung» für den Präsidentschaftskandidaten Clinton «aufgebaut» worden. Die Amerikaner wählen im November. Clinton hatte sich im April in Moskau für den Präsidentschaftskandidaten Jelzin stark gemacht. Bei einer Wahlniederlage von Jelzin könnten amerikanische Wähler Clintons «internationale Führungsrolle» anzweifeln, meinen die Wahlmanager. Die Republikaner würden Clinton vorwerfen, «Russland verloren» zu haben.

Schon unter Andrei Josyrew begann sich Russland von der weitgehenden Zusammenarbeit mit dem Westen abzuwenden. Aussenminister Jewgeni Primakow will jetzt mit «ausgesuchter Zusammenarbeit» Russland als Grossmacht neuen Respekt in der Welt verschaffen. Künftig dürfte sich Russland im Uno-Sicherheitsrat «querstellen». Zur «ausserpolitischen Auslese» gehört schon die zwischen Russland und China vereinbarte «strategische Partnerschaft». Dazu gehört, wie mit China-Gegner Indien, militärtechnische Zusammenarbeit.

Primakow hat in die Auseinandersetzung um die Erweiterung der Nato die Variante eines verborgenen Vetos eingebracht. «Einige» osteuropäische Staaten könnten der Nato beitreten, sofern sie sich verpflichten, keine Nuklearwaffen auf ihrem Territorium zu lagern. Mit oder ohne Jelzin, die Erweiterung der atlantischen Allianz dürfte nach den Wahlen zum heissen Sommerthema extrem hochgespielt werden. Russisches Roulett . . . ■

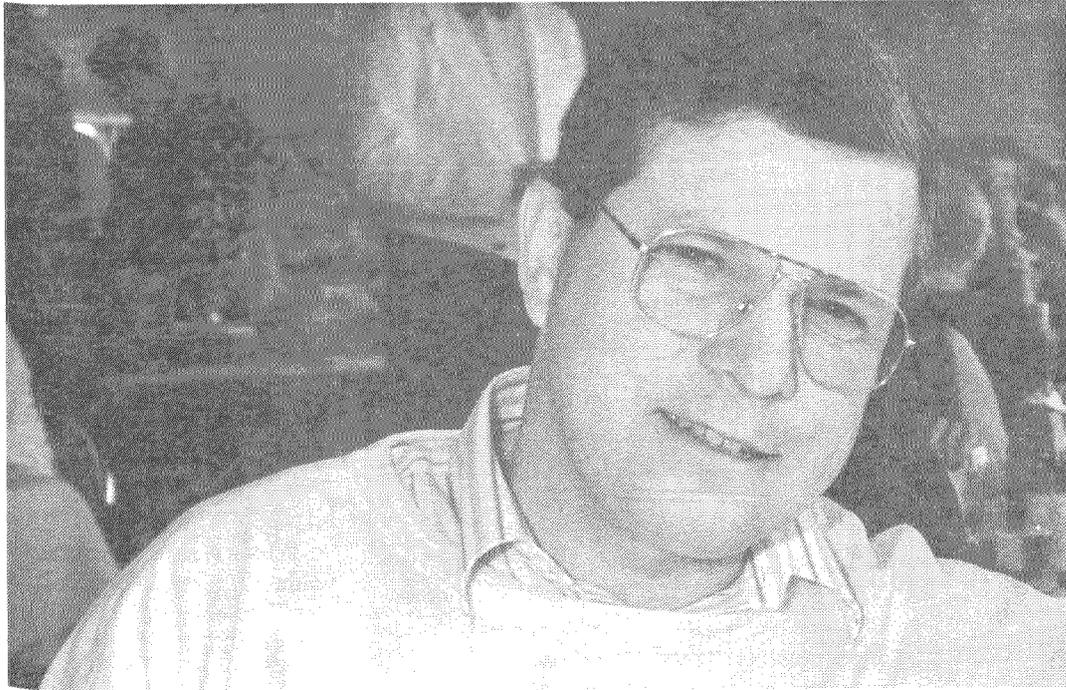
Kein Abschied . . .



Mit diesem Beitrag verabschiede ich mich nach 20 Jahren regelmässiger Mitarbeit als «BAU» im SFP-Pressedienst und im «Freisinn» mit Dank von meinen Leserinnen und Lesern. Es ist kein endgültiger Abschied. Gelegentlich werde ich wieder für die FDP-Publikationen schreiben. Der Grund meines Schrittes ist, dass ich mich voll und ganz meiner weltpolitischen Monatsanalyse, der «SOI-Bilanz», widmen möchte, die ich nach der Stilllegung des Schweizerischen Ost-Institutes (SO/Bern) vor anderthalb Jahren übernommen habe.

Vielen Dank!

Werner Messmer: In die FDP hineingewachsen wie in eine Familie



Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass wir mit unserer direkten Demokratie trotz Mängeln beste Voraussetzungen haben, unsere Zukunft positiv gestalten zu können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Zunehmender Opportunismus mit der Folge, dass wir trotz ge-

KURZBIOGRAPHIE

Werner Messmer

Zur Person: Aufgewachsen in einer Baumeisterfamilie im Thurgau. Verheiratet und 4 Kinder zwischen 16 und 23. Wohne heute in Kradolf. Setze mich nebst Verbands- und politischer Tätigkeit aktiv für die Erhaltung christlicher Grundwerte ein.

Alter: 50

Berufliche Stationen: Bauzeichner, Maurer, Polier, Bauführer, dipl. Baumeister.

meinsamen Zielen immer beschwerlicher einen gemeinsamen Weg finden.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

a) Künstliche oder natürliche Energie in Leistung umzusetzen.

b) Massenvernichtungsmittel.

Heute Inhaber und Leiter einer Bauunternehmung in Sulgen mit gegen 60 Mitarbeitern.

Politischer Werdegang: Ich begann als Ortsgruppenpräsident der FDP Sulgen. Heute Mitglied der Parteileitung FDP Thurgau. Seit 1986 Präsident Thurgauischer Baumeisterverband. Seit 1985 Präsident Thurgauischer Gewerbeverband und seit diesem Frühling Kantonsrat.

Liebste Tätigkeit: als aktiver Bläser in «meiner» Brass Band musizieren.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Landschaft allgemein, Ordnung, kulturelle Vielfalt, Freiheit und Mitbestimmung.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Unsere Fähigkeit, vieles schlechter darzustellen, als es ist.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Zum Glück beweist unsere Demokratie hie und da das Gegenteil.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich hineingewachsen bin wie in eine Familie. Hier fühle ich mich eingebettet und frei.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Helmut Schmidt (ehemaliger deutscher Bundeskanzler).

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn nicht die eigene Person im Mittelpunkt steht, sondern das Engagement für die Sache, zugunsten menschlicher Werte.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Zum Glück werden nie alle Unterschiede abgeschafft werden können.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Gehe oft zu grosszügig mit kleinen Wichtigkeiten anderer um. Stärke: spontan – offen – ehrlich.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Keines.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Intensives Radfahren, Wanderungen mit Frau und Hund.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was sie nicht können?

Gut essen, ohne dick zu werden.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen, und warum?

Pfarrer Sieber, weil er christliche Grundwerte und Ethik glaubwürdig in den Alltag einbringt. ■

Das Geschwätz von der Marktwirtschaft

Unter dem Deckmantel der freien Marktwirtschaft und des weltweiten Wettbewerbs werden Löhne gekürzt, Leute entlassen, Arbeitsplätze verschoben, Sozialleistungen abgebaut, Menschen und Natur ausgebeutet.

Doch der Markt, den alle beschwören, ist eine Legende. Der Ruf nach der freien Marktwirtschaft entpuppt sich allzuoft als leeres Geschwätz.

Dieses Buch entlarvt die Marktschreier und Marktverhinderer. Es widerspricht den neoliberalen Deregulierungen. Es zeigt,

■ wie Kartelle und Monopole den Wettbewerb verhindern,

■ wer darunter am meisten leidet,

■ wie die Marktwirtschaft verbessert werden könnte und

■ wo die Deregulierung sinnvoll und wo neue Regulierung im Interesse des Marktes notwendig ist.

Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl, Werner Vontobel: Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft. K-Tip, Postfach, 9401 Rorschach (Fr. 23.–), oder im Buchhandel (Fr. 25.–).



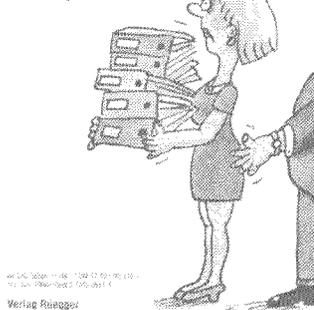
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verunsichert, macht krank und verletzt die Persönlichkeit eines Menschen. Der Arbeitgeber ist nicht nur dafür verantwortlich, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Krankheit und Unfällen am Arbeitsplatz geschützt werden, sondern hat auch dafür zu sorgen, dass niemand sexuell belästigt wird. Dies ergibt sich aus seiner Fürsorgepflicht. Dabei ist unerheblich, ob die sexuelle Belästigung vom Vorgesetzten selbst, anderen Mitarbeitern oder Dritten (Kunden usw.) ausgeht. Mangelnde Prävention und Unterstützung der Opfer oder gar Begünstigung der Täter kann neben erheblichen finanziellen Folgen auch strafrechtliche Konsequenzen und Verwaltungsmassnahmen nach sich ziehen. Die vorliegende Arbeit zeigt in der Schweiz erstmals umfassend auf, was als sexuelle Belä-

stigung im juristischen Sinne zu verstehen ist, welche gesetzliche Normen – privat- und öffentlich-rechtlicher Natur – sie erfassen, welche Pflichten dem Arbeitgeber daraus erwachsen und welche Folgen bei Nichtbeachten dieser Pflichten entstehen können. Insbesondere wird auch auf das per 1. Juli 1996 in Kraft tretende Gleichstellungsgesetz eingegangen. Geprüft wird die Situation bei Anstellung und während des Arbeitsverhältnisses sowie die prozessualen Möglichkeiten und Chancen der Opfer nach einer sexuellen Belästigung. Zu bedenken ist, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ein angespanntes Arbeitsklima schafft, demotiviert und dadurch zu einem Produktivitätsverlust führt. Hinzu kommen erhöhte Personalfuktationen, was nicht im Interesse eines gewinnorientierten Unternehmens liegt.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis
Hanneli C. Vogel



Auch unter diesem Aspekt müsste dem Arbeitgeber die Unterstützung der Opfer wichtig sein. Die Achtung der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz bedeutet sodann schlicht den Respekt vor der Menschenwürde, welche unantastbar ist.

Ca. 240 Seiten, Fr. 49.– (ca. Juni 1996). SBN 3 7253 055 1 X, Verlag Rüegger.

Publicus

Als eines der wichtigsten Nachschlagewerke der Schweiz liegt der *Publicus 1995/96* wiederum völlig neu überarbeitet und erweitert vor. Die Buchausgabe, durch den Nachtrag des neuen Parlaments bereits aktualisiert, präsentiert sich in ihrer 38. Ausgabe mit einem neugestalteten, zeitgemässen Umschlag. Der *Publicus* bietet wie immer einen kompletten Überblick über das gesamte öffentliche Leben der Schweiz. In 16 Kapiteln gegliedert, bietet er über 4500 Adressen inkl. Telefon- und Faxnummern, umfassende Informationen zum staatlichen Aufbau der Schweiz und vollständige Personen- und Sachregister.

Ende März wird auch die *Publicus-CD-ROM-Ausgabe 1995/96* lieferbar sein. Neu kann sie wahlweise unter DOS oder Windows betrieben werden. Die *Publicus-CD-ROM* erlaubt dem Benutzer, der Benutzerin eine fast unbegrenzte Möglichkeit an Suchkombinationen. Listen können individuell zusammengestellt werden, Notizen zu einzelnen Dokumenten abgelegt, Daten ausgedruckt und exportiert werden. Durch die einfache Handhabung (Volltextsuche; Index aller vorhandenen Wörter, Abkürzungen, Zahlen; Kapitelübersicht) erfolgt der Zugriff auf alle gespeicherten Daten sehr schnell und mühelos. Damit ist die *Publicus-CD-ROM* ein nützliches Instrument, das die benötigten Informationen in der zeitgemässen Form anbietet, wie sie für die tägliche Recherchierarbeit unentbehrlich sind.

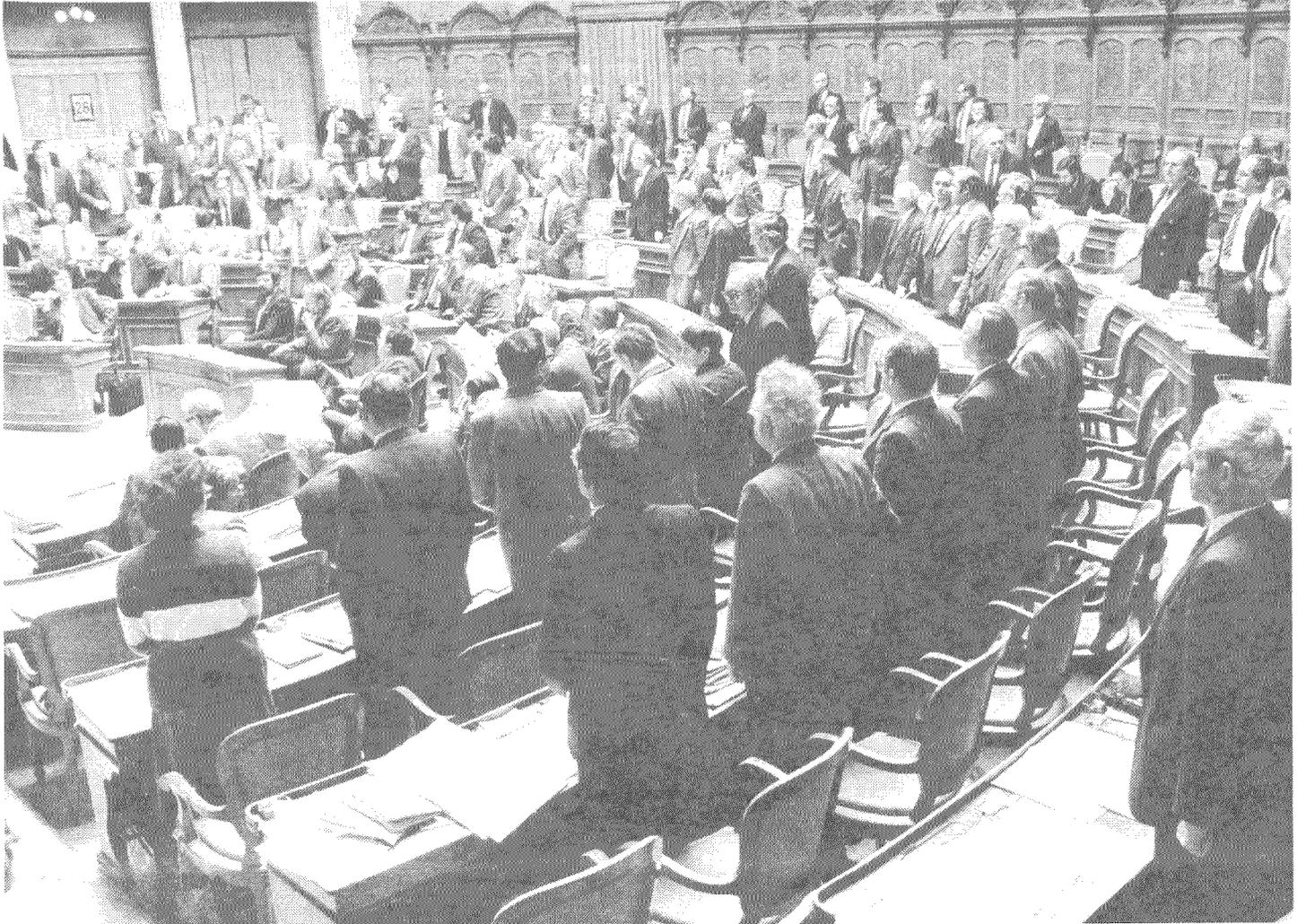
Publicus 1995/96

Schweizer Jahrbuch des öffentlichen Lebens – Annuaire suisse de la vie publique.

Buchausgabe: 38., revidierte und ergänzte Auflage. 944 Seiten, gebunden mit Griffregister, Fr. 80.–/DM 96.–/öS 745.–. ISBN 3-7965-0987-8.

CD-ROM-Ausgabe: Fr. 198.–/DM 228.–/öS 1775.–. ISBN 3-7965-0991-6 (DOS: ab Version 3.3, Windows: ab Version 3.1).

Buch zusammen mit CD-ROM: Fr. 250.–/DM 290.–/öS 2262.–. ISBN 3-7965-1006-X.



Ein halbes Jahr ist es her, seit die neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier vereidigt wurden. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. (Photo ruti)

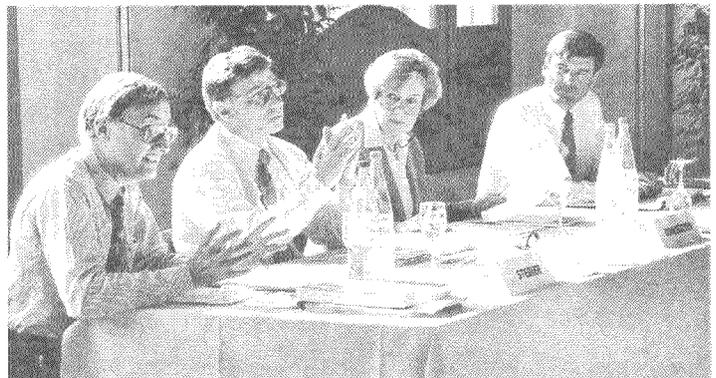
Den Wahlkampfversprechen treu bleiben

Zu beinahe einem Drittel wurde die FDP-Bundeshausfraktion anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im vergangenen Herbst erneuert. Viel Zeit, sich in Bern erst einmal einzuleben, blieb den «Neuen» indes nicht: Schon in der Winter- und Frühjahrssession hatten sie unter anderem über das Budget 1996, das Kriegsmaterialgesetz, das Arbeitsgesetz, zwei Asylinitiativen und die künftige Drogenpolitik zu entscheiden. Ebenso

harren Geschäfte wie Neat, Sanierung der Bundesfinanzen, Liberalisierung von Telecom und Post sowie das Projekt der Totalrevision der Bundesverfassung der baldigen Behandlung. Der «Freisinn» hat die «Neuen» nach ihren ersten Eindrücken und Erfahrungen gefragt.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz

In dieser Nummer finden Sie die Antworten der Mitglieder des Nationalrates bis und mit Johannes



Montreux, Parteitag der FDP vom 12. und 13. April 1996: «Bisherige und Neue» entwerfen gemeinsam die Vision der zukünftigen FDP-Finanzpolitik: Nationalrätin Käthi Bangerter (BE, neu), die Nationalräte Rudolf Steiner (SO), Gerold Bührer (SH) und Peter Kofmel (SO, neu). (Photo ruti)

Randegger. Die Antworten der übrigen Nationalrätinnen und Nationalräte sowie jene der unge-

wählten FDP-Ständerätinnen und -Ständeräte folgen im nächsten «Freisinn». ■

**Nationalrätin
Käthi Bangerter, Bern**

**Nationalrat
Walter Bosshard, Zürich**

**Yves Christen,
Conseiller national, Vaud**

Wie haben Sie sich als neues Mitglied der eidgenössischen Räte in Bern zurechtgefunden?

Allgemein habe ich mich gut zurechtgefunden. Fühle ich mich irgendwo unsicher, so signalisiere ich dies. Ich finde dann die notwendige Unterstützung bei den Fraktionskollegen und -kolleginnen. Die optimale Organisation der Papierflut habe ich noch nicht erreicht.

Ich gehöre dem Nationalrat erst seit der Frühjahrssession 1996 an, bin also von allen Neuen der Neueste. Während meiner dreiwöchigen «Lehrzeit» im vergangenen März habe ich mich in Bern gut eingelebt und fühle mich in der Fraktion akzeptiert.

Après l'euphorie du succès électoral, j'ai dû constater que l'apprentissage de la politique fédérale n'est pas une sinécure. On est tenté de brûler les étapes pour sortir de l'anonymat.

Was hat Sie an der «Arbeit» in Bern überrascht? Was hat Sie gefreut, was geärgert?

Obschon ich auf Kantonsebene Parlamentserfahrung habe – ich gehörte während fünf Jahren dem 200köpfigen bernischen Grossen Rat an –, überraschte mich der sehr hohe Lärmpegel des ebenfalls aus 200 Mitgliedern bestehenden Ratsbetriebes. Weiter überrascht haben mich das emsige Treiben hinter den Kulissen und die vielen Aktivitäten, die während der Sessionen angeboten werden.

Mit viel Papier habe ich gerechnet. Die Papierlawine, die über mich hereingebrochen ist, hat mich aber dennoch überrascht. Mit dieser Informationsflut muss ich lernen, selektiv umzugehen. Gefreut haben mich die offene Atmosphäre im Bundeshaus und die Kollegialität über die Fraktionsgrenze hinweg. Ärger? Fragen Sie mich das in einem Jahr.

Ce qui m'a surpris, c'est l'omniprésence des media. Ce qui m'a déçu, c'est l'ascendant qu'ils exercent sur une majorité de parlementaires. La qualité des services du Parlement fut une consolation.

Welche thematischen Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer politischen Arbeit? Haben Sie das so geplant, oder haben sich diese Prioritäten mehr zufällig ergeben?

Die Finanzpolitik ist für mich ein zentrales Anliegen. Und da sind nun die Weichen zu stellen. Wir können dem Staat nicht immer neue Aufgaben aufbürden und diese mit Mehreinnahmen finanzieren. Finanzpolitisch will ich mich dafür einsetzen, dass mit den vorhandenen Mitteln, jedoch mit veränderten Strukturen und Kompetenzverschiebungen, der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Einen Sitz in der Finanzkommission habe ich angestrebt und erhalten.

Meine Einsitznahme in der Rechtskommission betrachte ich als einen eigentlichen Glücksfall. So geht es etwa um Grundstückerwerb durch Personen im Ausland, Schwangerschaftsabbruch, die Regelung nachrichtenloser Vermögen. Den Schwerpunkt meiner parlamentarischen Tätigkeit sehe ich bei den Themen dieser Kommission. Darüber hinaus gilt mein Hauptaugenmerk allen Fragen rund um den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Je m'intéresse en priorité aux transports et télécommunications, en essayant d'avoir une vision globale des problèmes de notre société.

Wieviel Zeit investieren Sie in Ihr Mandat? Wofür?

Ich investiere viel Zeit in mein Mandat, kann diese momentan noch nicht quantifizieren, weil ich keine Abgrenzungen mache zwischen Arbeitszeit und Freizeit. Neben dem Aktenstudium verwende ich viel Zeit auf die Vorbereitung von Referaten.

Ich investiere so viel Zeit, wie nötig ist, dass ich meine Parlaments- und insbesondere auch die Kommissionstätigkeit seriös ausüben kann. Dazu gehört ein intensives Aktenstudium zu Hause. Darüber hinaus haben wir auch die Bundespolitik an zahlreichen Veranstaltungen im Kanton zu vertreten. Für mich ist Politik ein Teil meines Berufes und Hobby zugleich. Ich zähle deshalb die angewendeten Stunden und Tage nicht.

La présence aux sessions parlementaires, aux commissions et au Groupe radical est essentielle à mes yeux. J'y ai consacré 35 jours pour les six premiers mois. S'ajoute à cela environ un jour par semaine pour l'étude des dossiers et le courrier. Au total donc 60 jours, ce qui me paraît un minimum.

Was wollen Sie bis zum Ablauf der Legislatur auf jeden Fall noch erreichen?

Mein Ziel für die kommende Legislatur ist, mich voll und ganz dafür einzusetzen, dass die Parlamentsentscheide eine echte Finanzsanierung bewirken.

Von meiner beruflichen Verankerung her möchte ich etwas für die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz erreichen. Dazu gehört ein Finanzdienstleistungsgesetz, das den Banken Raum für die Selbstregulierung überlässt. Positive Signale für den Finanz- und Werkplatz Schweiz sind nötig.

Pendant cette législation, le Parlement prendra des décisions capitales pour la société helvétique. Le dossier européen, les infrastructures de transports et télécommunications et la fracture sociale sont les thèmes qui je souhaite voir avancer, sans oublier l'amélioration de la cohésion nationale.

Wenn Sie zurückblicken: Würden Sie noch einmal für einen Sitz im Parlament kandidieren?

Ich würde noch einmal kandidieren, denn die Parlamentsarbeit ist interessant, und ich hoffe immer noch, dass es möglich ist, gemeinsam mit einer starken Fraktion etwas zu bewirken.

Ja, die politische Arbeit im Nationalrat fasziniert mich.

Evidemment oui.

**John Dupraz,
Conseiller national, Genève**

Je n'ai pas de problème. Je connais déjà beaucoup de gens à Berne et j'ai 18 ans d'expérience au parlement cantonal.

Ce qui m'a surpris: le peu de moyen du député pour faire face à la paperasse et au travail, un travail de professionnel avec des moyens d'amateur.

Ce qui m'a réjoui: l'excellent accueil vis-à-vis aux nouveaux.

Interdiction absolue des mines antipersonnel dans la loi sur le matériel de guerre.

La *cohésion nationale, la cohésion sociale*, lutter contre une libéralisation débridée qui renforce les forts et affaiblit les faibles.

½ temps: secrétariat – séances – préparation des sessions – rencontres avec les citoyens.

Prendre des décisions en tenant compte des règles du marché, des règles environnementales et des règles sociales. Les politiciens ne sont pas les guichetières des décideurs économiques.

Oui.

**Nationalrätin Christine
Egerszegi-Obrist, Aargau**

Es ist mir ergangen wie bei jeder neuen Aufgabe: Es braucht Offenheit, Bereitschaft und Willen zum Anpacken und Lernen – dann läuft es gut.

Ich freute mich über die gute Aufnahme in die Fraktion, über die gegenseitige Kameradschaft und Hilfsbereitschaft.

Geärgert? Nein, aber politisch genervt hat mich der Entscheid über die Gewährung des Sondersatzes bei der Mehrwertsteuer.

Ich war und bin bürgerliche Sozialpolitikerin mit der Überzeugung, dass sozialpolitischen Entscheiden höchste wirtschaftspolitische Bedeutung zukommt: Die Ausgestaltung der sozialen Wohlfahrt ist eng verknüpft mit dem Erhalt des sozialen Friedens, der Höhe der Lohnkosten, der Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte und dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Es ist fast ein Vollzeitjob. Ich brauche viel Zeit für das Studium der Akten, für Referate und die Bewältigung der zehn Kilo Briefpost pro Woche.

Ich will auf jeden Fall meinen Wahlkampfversprechen treu bleiben und mich weiter einsetzen für die finanzielle Sicherung der bestehenden Sozialversicherungen und die Sanierung der Bundesfinanzen.

Ja, jetzt erst recht.

**Nationalrat Edi
Engelberger, Nidwalden**

Ich habe mich eigentlich sehr rasch im Bundeshaus zurechtgefunden, dabei sind mir sicher meine bisherige politische Tätigkeit als Regierungsrat und damit 22 Jahre Einsatz im Nidwaldner Kantonsparlament zugute gekommen.

Dadurch habe ich auch viele neue «alte» Kollegen und Kolleginnen getroffen, die mich sehr freundschaftlich aufgenommen und mir damit den Einstieg ins eidg. Parlament erleichtert haben.

Neben der Vielseitigkeit und der sich rasch wechselnden Folge der verschiedensten politischen Auseinandersetzungen hat mich der lebhaft, hektische Betrieb im Ratsaal überrascht, und er hat mich nicht einmal geärgert, wahrscheinlich weil er doch ganz gut zu meinem persönlichen «Naturell» passt.

Gefreut hat mich das gute Einvernehmen unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern über die Parteigrenzen hinaus.

Planen lässt sich beim jetzigen System der Kommissionszuteilung nicht. Das ist nicht nur ein Nachteil, denn daraus können sich neue politische Tätigkeiten ergeben, die letztlich vielleicht zu neuen, «anderen» Prioritäten führen.

Als Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission werde ich mich sicherheitspolitischen Fragen zuwenden, wobei meine Hauptinteressen nach wie vor in der Wirtschafts-, Gewerbe- und Finanzpolitik liegen werden.

Diese Frage lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beantworten. Meine halbjährige Erfahrung zeigt aber, dass ich mit Bestimmtheit 50 bis 60 Prozent der ordentlichen Arbeitszeit für das Nationalratsmandat brauchen werde, einerseits für die Sessions-, Fraktions- und Kommissionstätigkeiten, andererseits für Aktenstudium, Repräsentationen, besonders in einem kleinen Kanton, sowie andere «spezielle» politische Tätigkeiten.

Visionen braucht es jetzt keine mehr – es braucht ein anderes Zusammengehen, es braucht neue Dimensionen im Zusammenspiel der politischen und wirtschaftlichen Kräfte und Köpfe, und es braucht ein Zusammenspiel, das vom Volk verstanden wird, damit es schliesslich mitspielt.

Ich weiss, ich kann das alleine nicht erreichen – aber ich würde dabei gerne mitarbeiten und mitdenken, noch vor Ablauf der Legislatur.

Ja, mir gefalts z Bern!

**Nationalrat Peter Kofmel,
Solothurn**

Grundsätzlich sehr gut! Dabei haben drei Dinge geholfen: meine in Bern verbrachten Studienjahre; die Vorbereitung durch «Bisherige»; die von den Parlamentsdiensten organisierten zwei Einführungstage.

Gefreut hat mich meine Einteilung in die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Geärgert hat mich, dies aus der NZZ erfahren zu müssen. Überrascht hat mich, dass der innerkantonale solothurnische Regionalismus, den ich gekannt und nicht geschätzt habe, vom Kantönligest und Regionalismusdenken im Bundeshaus noch bei weitem übertroffen wird.

Die Themen meiner bisherigen politischen Tätigkeit und meines Wahlkampfes will ich grundsätzlich weiterverfolgen: Bildungspolitik, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen, Staatspolitik. Ich bin allerdings nicht abgeneigt, mich bei Bedarf und Notwendigkeit auch in andere Themen einzuarbeiten.

Auf Grund verschiedener Gespräche mit «Bisherigen» habe ich mich vorerst auf «halbe-halbe» eingerichtet. Nebst den Sessions- und Kommissionssitzungen gilt es, verschiedenste Verpflichtungen ausserhalb des Parlamentes wahrzunehmen: Arbeit für die Partei auf allen Ebenen, Vorträge bei Schulen und Verbänden, den Medien Red und Antwort stehe, usw.

Die Diagnose scheint mir klar: Die schlimmste Krankheit der Eidgenossenschaft sind regionale Egoismen, oft recht gut «föderalistisch» getarnt. Wir müssen wieder lernen, echten Föderalismus von purem Kantönligest zu unterscheiden. Wir müssen wieder lernen, die Gesamtinteressen unseres Landes ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen. Dafür werde ich mich einsetzen.

Also um die Flinte ins Korn zu werfen, wäre es jetzt wirklich noch zu früh... Ich möchte jedenfalls weder den Wahlkampf noch die ersten Monate in Bern missen.

**Nationalrat
Erich Müller, Zürich**

**Nationalrat
Fulvio Pelli, Tessin**

**Johannes R. Randegger,
Basel**

Wie haben Sie sich als neues Mitglied der eidgenössischen Räte in Bern zurechtgefunden?

Es braucht schon viel Spürsinn, um die parlamentarischen Pfade zu finden, welche – wenn auch auf verschlungenen Wegen – letztlich zum Ziele führen. Die Wahl der «Bergführer» ist nicht einfach.

Ziemlich gut, obwohl es für einen Tessiner nicht einfach ist, sich in der bernischen Umgebung zu integrieren.

Ich fühle mich wohl im Nationalrat, und dies ganz besonders in unserer Fraktion. Ich bin auch dankbar für die neuen Herausforderungen und die Horizontenerweiterung, die ich seit meiner Wahl erfahren darf.

Was hat Sie an der «Arbeit» in Bern überrascht? Was hat Sie gefreut, was geärgert?

Die Kollegialität in der Fraktion ist erfreulich.

Die Ineffizienz der parlamentarischen Arbeit macht mir zu schaffen. So ärgert mich, dass ich knapp 3 Wochen vor Sessionsbeginn die Traktandenliste erhalte und ich 14 Tage vor dem 1. Sessionstag immer noch nicht im Besitze aller Unterlagen bin. Wie soll man so seriös vorbereitet sein?

Die Arbeit im Nationalrat ist mir etwas chaotisch erschienen. Wenige hören zu, was die anderen sagen, und viele scheinen mehr für die Presse als für die Kollegen zu reden. Trotzdem muss ich sagen, das Niveau der Interventionen ist hoch.

Ich bin vom Funktionieren der freisinnigen Fraktion etwas enttäuscht: Wir könnten eine wirkungsvollere Arbeit leisten, wenn alle Mitglieder bereit wären zusammenzuspielen.

Das enorme Angebot von Informationsveranstaltungen am Rande der Sitzungen im Rat, die direkten Kontakte zu den Bundesräten sowie die guten Serviceleistungen der Parlamentsdienste gehören zu den Überraschungen. Gefreut hat mich natürlich die Erfahrung, dass man etwas bewirken kann und dies für mich persönlich bereits in der 2. Session möglich war. Ärger habe ich bisher keinen gehabt, allerdings wünsche ich mir mehr Dynamik in unserer Politik.

Welche thematischen Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer politischen Arbeit? Haben Sie das so geplant, oder haben sich diese Prioritäten mehr zufällig ergeben?

Ich will mich auf das konzentrieren, was ich zu verstehen glaube und worin ich Erfahrungen sammeln konnte. Dies sind – geplant – die Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Europafrage, auch wenn ich in keiner entsprechenden Nationalratskommission mitarbeiten darf. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission – was sich für mich zufällig ergeben hat – will ich mich in die Sicherheitspolitik einarbeiten und Leistungen erbringen.

Ich fühle mich als Politiker nicht als thematischer Spezialist und glaube auch, dass die Milizpolitiker nur selten thematische Spezialisten sein können. Was mich besonders interessiert, sind die Beobachtung und das Lernen der Mechanismen, die zur Konsensbildung führen: Wie muss man politisch handeln, um eine wichtige Lösung im Parlament und vor dem Volk erfolgreich verteidigen zu können?

Mir war von Anfang an klar, dass ich mich in der Anfangsphase im Parlament auf die Bildungs- und Forschungspolitik konzentrieren will, und das habe ich mit der Einsitznahme in der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturkommission auch erreicht.

Wieviel Zeit investieren Sie in Ihr Mandat? Wofür?

Die aktive persönliche Auseinandersetzung mit politischen Themen, die Vorbereitung und Teilnahme an Sitzungen politischer Gremien beanspruchen rund einen Drittel meiner Arbeitszeit und rund die Hälfte meiner abendlichen Freizeit.

Ziemlich viel, aber weniger, als es notwendig wäre. Für den Moment muss ich mich immer noch mit der Präsidentschaft der Tessiner Partei beschäftigen, was sehr zeitraubend ist. Ab nächstem Jahr sollte ich mich besser organisieren können.

Zurzeit nimmt mich meine berufliche Tätigkeit als Werkleiter bei Ciba stark in Anspruch, aber dennoch stehen etwa 30 Prozent meiner Zeit der parlamentarischen Tätigkeit zur Verfügung. Zur Hauptsache beansprucht mein Engagement in der Subkommission «Genschutzinitiative» die zur Verfügung stehende Zeit.

Was wollen Sie bis zum Ablauf der Legislatur auf jeden Fall noch erreichen?

- Finanzdefizite des Bundes mindestens halbieren
- Verbesserung der Unternehmensbesteuerung
- Genschutz-Initiative verwerfen
- Positiver Abschluss der bilateralen Verhandlungen und Öffnung des Weges der Schweiz in ein solidarisches Europa

Ich wäre froh, wenn die Schweiz vor dem Jahre 2000 ihr europäisches Integrationsproblem zu lösen vermöchte. Und ich wäre auch froh, vor Legislaturende den Anfang der Arbeiten der Alptransit sehen zu können.

Keine Gelegenheit verpassen, um meine Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung und Forschung, einen marktwirtschaftlich orientierten, ökoeffizienten Umweltschutz und eine gesunde Wirtschaft einzubringen.

Wenn Sie zurückblicken: Würden Sie noch einmal für einen Sitz im Parlament kandidieren?

Selbstverständlich.

Ohne weiteres. Doch mit noch mehr Überzeugung, wenn es möglich wäre, die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkt ist die heutige Lage fast tragisch.

Ja, selbstverständlich, es macht auch Spass!

Prominenz diskutiert mit Jugendlichen

Stefan Fritschi,
Winterthur, Mitglied
Ausschuss für Jugendpo-
litik der FDP Schweiz

Der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz organisiert je-

des Jahr zusammen mit den Jung-
freisinnigen der Schweiz (JFS)
eine exklusive Ausbildungswoche
für Jugendliche. Den Jugendli-
chen stehen als Referenten und
Diskussionspartner eidgenössi-
sche FDP-Parlamentarier und

-Parlamentarierinnen zur Verfü-
gung.

Die dritte Sommeruniversität
wird von 19. bis 23. August 1996
in Neuenburg stattfinden. Die
Sommeruniversität steht allen
politisch interessierten Jugendli-

chen (keine Parteimitgliedschaft
erforderlich!) zwischen 18 und
28 Jahren offen. Die Diskussio-
nen und Gespräche finden in zwei
Gruppen auf französisch und
deutsch statt. ■

Programm der 3. Sommeruniversität 1996

Mo, 19. 8.

Sozialpolitik: NR P. Tschopp
SR E. Schiesser

Institutionen: SR Ch. Beerli

Besuch des Bundespräsi-
denten J.-P. Delamuraz

Di, 20. 8.

Geschichte der FDP
O. Meuwly

Org. der FDP: Chr. Kauter,
B. Roulet

Wirtschaftspolitik: NR
P. Couchepin, NR G. Bühler

Überraschungsabend

Mi, 21. 8.

Umwelt-/Landwirtschafts-
politik NR J. Dupraz

Bildungspolitik: NR E. Loeb,
NR B. Comby

Aussenpolitik: NR E. Stein-
egger, NR C. Frey

Kreuzfahrt auf dem Neuen-
burgersee

Do, 22. 8.

Einführung in Praxis der
elektronischen Medien

Sicherheitspolitik: NR
O. Fritschi, SR Th. Béguin

Verkehrspolitik: NR U. Fi-
scher, NR Y. Christen

Fr, 23. 8.

Gedruckte Presse
E. Tissot

Telefonische Auskünfte bei Blaise Roulet, Sekretär Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 031 / 311 34 38), oder bei Stefan Fritschi, Mitglied Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 052 / 213 45 36).

Talon

Ich melde mich hiermit an für die 3. FDP/JFS-Sommeruniversität von 19.
bis 23. August 1996.
Die Kosten betragen Fr. 300.- (Kost und Logis inbegriffen).

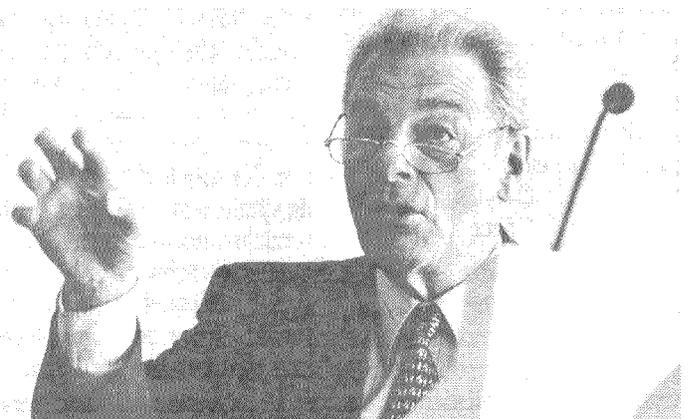
Name/Vorname

Strasse: PLZ/Ort:

Telefon: Jahrgang:

Sprache: Französisch Deutsch

Coupon bis spätestens 30. Juni 1996 einsenden an FDP Schweiz, Herrn Blaise
Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51
(Teilnehmerzahl beschränkt!)



FDP-Sommeruniversität 96: Auch Bundespräsident Delamuraz ist mit von der Partie. (Photo ruti)

Verantwortung übernehmen

**Hart verhandeln – nüchtern entscheiden:
So gewinnt die Schweiz ein Handelsabkommen mit Europa.**

FDP. Damit es aufwärts geht.

Unser Land braucht den ungehinderten Zugang zum Markt Europa.
Darum geht es bei einem bilateralen Handelsabkommen mit Europa –
weder um EU- noch um EWR-Beitritt. Die FDP unterstützt den Bundesrat:
Hart verhandeln – sachlich entscheiden. Und das letzte Wort in der
Europapolitik hat das Volk. Verlangen Sie unser Dossier
«Europapolitik». FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

FDP auf Internet:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>

Das neue Arbeitsgesetz: Voraussetzung für liberale Arbeitsmodelle

Gerade in den heutigen wirtschaftlich unsicheren Zeiten ertönt vielfach der Ruf, die Arbeitslosigkeit sei mit einer generellen Verkürzung der individuellen Arbeitszeit zu reduzieren. Es heisst dann: «Man soll die Arbeit auf mehr Hände verteilen.» Um es gleich von Beginn an deutlich zu sagen: Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht zu verantworten. Dagegen ermöglicht eine Liberalisierung des Arbeitsgesetzes die Einführung von Teilzeitarbeitsmodellen, welche positive Impulse auf die Beschäftigungslage ausüben können.

Christine Egerszegi-Obrist, Nationalrätin FDP

Die grösste Schwierigkeit bei einer durchgehenden Verkürzung der Arbeitszeit ist darin zu sehen, dass bei einer Nichtreduktion der Löhne im proportionalen Ausmass die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes massiv abnehmen würde. Da die Linke nicht bereit ist, ein Modell zu akzeptieren, welches gleichzeitig Lohnreduktionen vorsieht, würde dies praktisch zu einer Stagnation unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen.

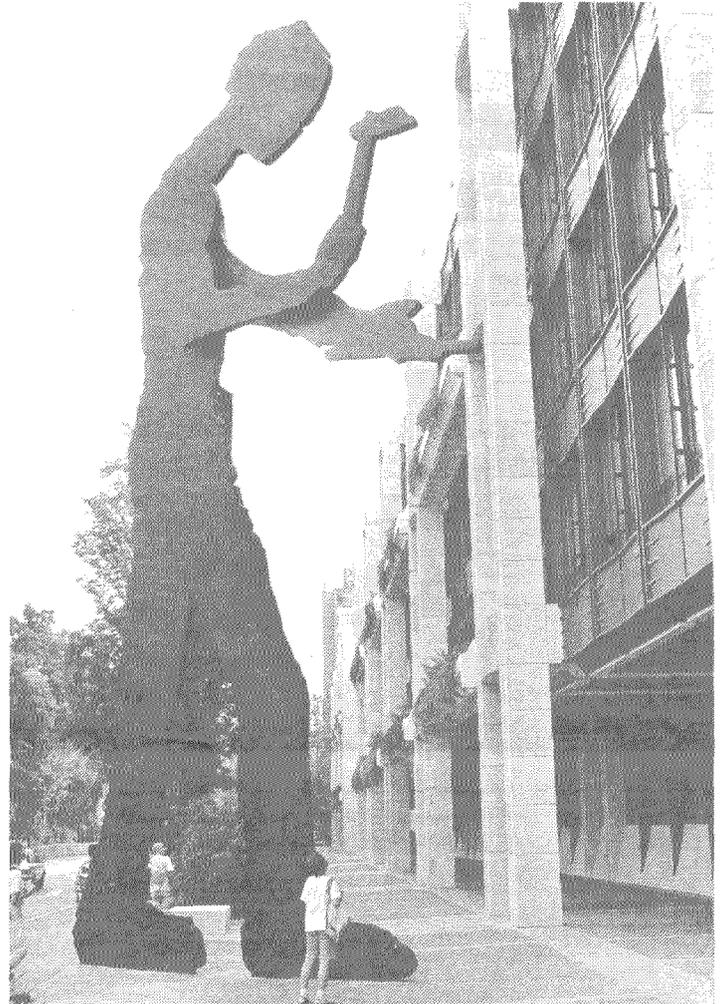
Schweizerische Produkte könnten kaum mehr im Ausland abgesetzt werden, weil sie sich preislich auf einem so hohen Niveau bewegen würden, dass kaum jemand mehr bezahlen könnte. In diesem Zusammenhang ist die SP-Politik gerade auch aus der Sicht der Arbeitnehmer unverständlich. Es ist nämlich hinlänglich bekannt, dass bei den unqualifizierten Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Wenn nun hier die Lohnkosten noch erhöht würden, so würden die schweizerischen Produkte im hartumstrittenen internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr bestehen können. Die Folge davon: Auslagerung von Produkten, Vernichtung von Arbeitsplätzen und vor allem eine sich stark reduzierende Chance für die unqualifizierten Arbeitskräfte, eine Stelle zu finden.

fizierten Arbeitskräfte, eine Stelle zu finden.

Sackgasse Arbeitszeitverkürzung

Also käme theoretisch nur das andere in Frage: Verteilung der Arbeit auf mehr Hände und Verteilung der entsprechenden Lohnsumme auf mehr Portemonnaies. Das wäre für einen grossen Teil der Arbeitnehmerschaft nicht mehr zumutbar. Es könnten sogar neue Sozialfälle geschaffen werden. Eine spürbare Reduktion der Arbeitszeit bei gleichzeitig diktiertem staatlichem Lohnverzicht verstärkt zudem das Volumen an Schwarzarbeit massiv (siehe Beispiel Deutschland). Damit würden dem Staat Steuern in Milliardenhöhe entgehen.

Die Dummen wären in diesem Fall die Ehrlichen. Einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit ist damit ein für allemal eine deutliche Absage zu erteilen. Damit schafft man keinen einzigen Arbeitsplatz. Im Gegenteil, die Praxis zeigt deutlich, dass eine generelle Verkürzung vielmehr beschäftigungsnegative Auswirkungen auf unternehmerische Produktionsverfahren hat. Auf eine generelle Verkürzung reagiert das Unternehmen tendenziell mit verstärkten Rationalisierungen, einer vermehrten Ausrichtung auf kapitalintensive Tätigkeiten und einer Verlagerung von arbeitsintensiven Tätigkeiten ins Ausland.



Geht uns bald die Arbeit aus? Nicht, wenn wir weiterhin konkurrenzfähig bleiben und uns dem weltweiten Wandel nicht verschliessen. Bild: Hammering Man vor dem SBV-Hauptsitz in Basel. (Photo keystone)

Teilzeitmodelle: ja, aber richtig

Anders zu beurteilen als eine generelle Arbeitszeitverkürzung sind Teilzeitarbeitsmodelle. Sie nehmen Rücksicht auf neue gesellschaftliche Werthaltungen und sind, umfassend implementiert, als effizienter und effektiver Ansatz zu beurteilen.

Die Lebensstile des Individuums differenzieren sich zusehends aus. Es gibt Ehepaare, die sich wohl fühlen in der traditionellen Rollenverteilung. Es gibt aber auch zunehmend andere, die Familie und Berufsleben individuell untereinander aufteilen. Gerade darum sind Teilzeitar-

beitsmodelle, wo beide Partner ihren Teil zum genügenden Einkommen beitragen, sinnvoll. Wir können sie als liberale Neugestaltung von Leben und Arbeit auffassen.

Um die liberalen Teilzeitarbeitsmodelle zu fördern, wo mehr als eine Person zum Einkommen der Familie beiträgt, ist es aber notwendig, die bestehenden rechtlichen Hindernisse zu beseitigen. Die tägliche Arbeitsgrenze ist generell zu erweitern, Arbeits- und Betriebszeit sind zu entkoppeln. Vielfach besteht nämlich bei Unternehmen das Bedürfnis nach Erledigung von Arbeit ausserhalb der bisherigen gesetzlich geregelten Arbeitszeiten.

KOLUMNE

Fünf vor zwölf oder 12 Uhr 91?



Das Echo auf die Einladung zur diesjährigen Generalversammlung des Freisinnigen Presseverbandes war besonders erfreulich. Der Entschluss, für einmal die Grüezi-Gegend zu verlassen und in die *Région du Bonjour* zu fahren – in den Jura und dort nach Porrentruy –, wurde allgemein begrüsst. Einmütige Zustimmung fand die Idee, mit prominenten Vertretern aus Politik und Wirtschaft aktuelle Fragen zu diskutieren. So liegt denn die Folgerung auf der Hand, dass die Jahresversammlung nicht nur fürs Protokoll, sondern tatsächlich ein Erfolg war und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein unvergessliches Erlebnis.

Zur vollständigen Geschichte gehört lediglich noch der Hin-

weis, dass die Komplimente zwar ehrlich, aber allesamt mit dem Zusatz versehen waren, leider, bedauerlicherweise für einen A'stecher in den Jura keine Zeit zu haben. Die Reise galt als zu lang, zu weit, zu mühsam. Darum war die Veranstaltung zu Ende, bevor sie anfing: ich habe sie wegen miserabler Beteiligung abgesagt und hole sie wahrscheinlich nach als Telefonkonferenz oder auf Internet.

Muss am Interesse für den Jura gezweifelt werden? Mitnichten! Seine Entwicklung beschäftigt uns enorm. Bei der Aufzählung der schönsten Landschaften vergessen wir die Freiberge nie. Mit echter Anteilnahme wünschen wir dem jüngsten Kanton eine gedeihliche Zukunft. Am freundeigenössischen Bekenntnis halten wir mit unverbrüchlicher Treue fest. Bloss die Zeit für den Tatbeweis fehlt. Der Augen-

schein vor Ort hat in unserer Agenda keinen Platz. Die Jurassier beklagen sich darüber. Sie fühlen sich abseits, abgetrennt und abgeschoben.

Für eine vitale Schweiz, die sich nicht nur auf den Raum entlang der N 1 beschränkt, braucht es Zeit. Ohne Zeit ist die Willensnation eine hohle Phrase. Wir müssen Zeit aufbringen, andere und uns fernere Landesteile zu verstehen und aufzusuchen. Wenn die Schweiz existiert, dann existiert sie in ihren historischen Grenzen und nicht innerhalb der Limiten überforderter Manager. Die Nationalstrassen und Inter-city-Linien mögen wichtige Verbindungen sein, aber sie dürfen unseren Bewegungsradius nicht bestimmen. Die Schweiz ist weder eine grosse Autobahnraststätte noch ein riesiges Bahnhofbuffet. Wir sind ein Land der kleinen Regionen mit einer Begegnungspflicht auf Gegenseitigkeit.

Die Eidgenossenschaft ist nicht beim Business Lunch im «Sternen», «Ochsen» oder in

der «Krone» gegründet worden. Der Weg aufs Rütli war beschwerlich. Er kostete Zeit. Wir müssen annehmen, dass der Schwur nur glückte, weil Reding nicht gehetzt auf den Chronometer blickte, Stauffacher nicht gestresst im Terminkalender blätterte und Melchtal nicht nervös mit seinem Organizer klickte. Die Schweiz begann mit der Zeit – um 12 Uhr 91. Seither haben wir die Uhren perfektioniert und das Mass für die Musse verloren.

«Reise durch Europa, raste in der Schweiz» hiess ein Werbeslogan der alten Verkehrszentrale. Er hat über den Tourismus hinaus Bedeutung – sozusagen als staatspolitische Maxime. Deshalb finden die nächsten Jahresversammlungen des Freisinnigen Presseverbandes in Ste-Croix statt, in Gondo, Müstair und Poschiavo.

Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes der
Schweiz, Zürich

KOLUMNE

Das dubiose Verhältnis der Linken zur Gewalt



Rechtsstaat und Demokratie sollten Gewalt und Unterdrückung ausschalten – was in den westlichen Industriestaaten weitgehend, aber nicht vollständig gelang. Sture Fundamentalisten, extreme Revolutionäre und Chaoten machen eine starke Hand des Staates zur Sicherung von Ordnung und Frieden immer noch unerlässlich. Das *Nachleben der revolutionären Wurzeln* hat der sich zum Rechtsstaat bekennenden Linken jedoch immer wieder ein dubioses Verhältnis zur Gewalt beschert. Regelmässig kam ihr ihre «Tendenz zur sozialromantischen Verklärung einzelner Minderhei-

ten und Randgruppen» («Tages-Anzeiger» vom 11. Mai 1996) in die Quere. Und da diese Randgruppen links angesiedelt waren, führte dies auch dazu, dass die Linke zwar die Ausschreitungen rechtsextremistischer Gewalttäter scharf verurteilte, aber den *linksextremen Friedensbrechern oft mit unverständlicher Nachsicht* begegnete.

Das letzte Beispiel spielte sich um den 1. Mai dieses Jahres in Zürich ab. Wie in den letzten Jahren üblich, war die offizielle Feier von einer «Nachdemo» einiger hundert «Chaoten» begleitet, deren Gewaltabsichten zum vornherein durch ihren separaten Aufmarsch und die mitgetragenen Steine klar war. Es kam, wie es kommen musste: Die *obligaten Ausschreitungen* an der

«Nachdemo» führten zu einem massiven Polizeieinsatz, und da sich die Chaoten zur Tarnung und Absetzung unter die übrigen Teilnehmer der Maifeier mischten, wurden auch «Unbeteiligte» betroffen. Für die *Mentalität der Linken* ist das politische Nachspiel besonders typisch. Die sozialdemokratische Fraktion im Zürcher Gemeinderat, die Gewerkschaften und das 1.-Mai-Komitee verurteilten zwar auch die Gewaltanwendungen durch die Demonstranten, aber ihre Kritik richtete sich doch vor allem gegen den «unverhältnismässigen» Einsatz der Polizei.

Um die «Schuld» der Polizei zu beweisen, wurde einige Tage später sogar zu einer – friedlich verlaufenen – Demonstration gegen die Polizeimethoden aufgerufen. Dass die linke Organisation der 1.-Mai-Feier Gewalt von diesem zweiten Auftritt fernhalten konnte, lässt *Fäden zu den Chaoten* vermuten und stellt die grosse Frage: Warum haben die Veranstalter ihren Einfluss nicht schon am 1. Mai geltend ge-

macht? Die FDP hat denn auch von den 1.-Mai-Organisatoren den entschlossenen Willen verlangt, sich von den linksextremen Kräften zu distanzieren: «Solange daran auch nur die geringsten Zweifel bestehen, wirkt dies als *sehr verhängnisvolle Einladung*.»

Die Einseitigkeit und Zwiespältigkeit der Linken bei der Beurteilung von politischer Gewalt datiert nicht erst von gestern. Auch 1968 und 1980 kam die Gespaltenheit zum Ausdruck.

Noch 1984 hat der von Radio und Fernsehen aufgepöppelte linke Philosoph Hans Saner «blutige Formen des Widerstandes» bei einem «Absturz der Demokratie» befürwortet und geschrieben: «Der Ort der allgemeinen Pflicht zum Widerstand ist die Demokratie.» Dagegen ist klar festzustellen: *Gewalt hat keinen Platz in der Demokratie und im Rechtsstaat; jede Zweideutigkeit ist ein Angriff auf den politischen Frieden.*

Kurt Müller, Meilen

«Wir würden auf jeden Fall viel Zeit verlieren»

Die Abstimmung über das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz steht unmittelbar bevor. Der «Freisinn» hatte sich in der letzten Ausgabe ausführlich mit der Vorlage befasst. Als Abschluss folgt ein Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger zur Volksabstimmung vom 9. Juni über das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG).



Sie haben sich in den letzten Wochen und Monaten persönlich stark für diese Vorlage engagiert. Weshalb ist Ihnen das RVOG so wichtig?

K. V.: Von überall her kommt seit Jahren die Forderung, der Bundesrat müsse mehr regieren und weniger verwalten. Bundesrat und Parlament haben das zum Nennwert genommen und Grundlagen für eine umfassende Reform bereitgestellt. Bürgerinnen und Bürger haben heute die einmalige Chance, den Verwaltungsapparat zu einer Modernisierung und Rationalisierung zu zwingen.

Die aus dem letzten Jahrhundert stammenden Führungsstrukturen müssen dringend den Anforderungen an eine moderne und flexible Verwaltung angepasst werden. Sagt das Volk am 9. Juni Nein, dann besteht die Gefahr, dass Besitzstandswahrer und Reformbremsler gestärkt werden. Daran kann niemand ein Interesse haben. Insbesondere jene nicht, die im Namen des Steuerzahlers gegen eine aufgeblähte Verwaltung und ineffiziente Staatsstrukturen zu Felde ziehen. Zudem weiss ich aus meinen EMD-Zeiten, dass grosse Reformen beträchtliche interne Wider-

stände mobilisieren. Deshalb wären wir über einen externen Modernisierungsschub via Volksmehr glücklich.

Anlässlich Ihrer zahlreichen Auftritte hatten Sie Gelegenheit, immer wieder mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Vorlage zu diskutieren. Woher rührt die Skepsis gegenüber den Staatssekretären?

K. V.: Grundsätzlich ist die Skepsis gegenüber den Staatssekretären wohl auf ein diffuses Misstrauen gegenüber Regierung, Parlament und Verwaltung zurückzuführen. Auch die lähmende Konjunktur und der Stellenabbau in der Wirtschaft nähren ein gewisses Misstrauen.

Schliesslich führt der Umstand, dass der Einsatz der Staatssekretäre noch nicht bis ins letzte Detail geregelt ist, zu Vorbehalten. Offenbar will man dem Bundesrat bis in jede Einzelheit vorschreiben, wie er sich organisieren soll. Aber Bundesrat und Verwaltung müssen ständig steigende Ansprüche von Wirtschaft, Politikern, Medien und Bürgern erfüllen. Dazu braucht es entsprechende Instrumente, die heute noch fehlen.

Man hört immer wieder, ohne die Staatssekretäre wäre der verbleibende Teil der Vorlage unbestritten. Wäre das für Sie ein gangbarer Weg, oder würde mit dem Wegfall der Staatssekretäre – eine tragende Säule der Regierungsreform – das ganze Gebäude einstürzen?

K. V.: Da wird der Bundesrat über die Bücher müssen. Ich hoffe nicht, dass der ganze Reformzug gestoppt wird. Auf jeden Fall werden wir aber kostbare Zeit verlieren. Wir haben verschiedene Optionen. So könnte der Bundesrat dem Parlament relativ schnell das RVOG ohne die umstrittenen Staatssekretäre vorlegen. Oder er könnte, aufbauend auf dem geltenden Gesetz, eine Minireform präsentieren. Ein Nein am 9. Juni führt auf jeden Fall zu einer Verwässerung der Reform.

Auch von gegnerischer Seite wird die Notwendigkeit von Reformen im Bereich Regierung/Verwaltung kaum bestritten. Wie kommt es dann, dass der Widerstand gegen das RVOG dennoch relativ gross ist?

Es wäre durchaus denkbar gewesen, radikalere Reformen vorzuschlagen, etwa eine zweistufige Regierung. Dies hätte wahrscheinlich zu Abstrichen an der direkten Demokratie geführt und wäre in der Volksabstimmung vermutlich chancenlos gewesen. Wir haben einen moderaten, pragmatischen Mittelweg vorgeschlagen, der das heutige System optimiert und stärkt. ■

Ja zu Staatssekretären – Ja zum Landwirtschaftsartikel

An ihrer Delegiertenratssitzung in Bern sagen auch die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) klar Ja zu den eidgenössischen Vorlagen vom 9. Juni 1996.

Interview:
Markus R. Seiler,
Pressechef
FDP Schweiz

Herr Bundesrat Villiger, es sind noch gut zwei Wochen bis zur Abstimmung über das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Was haben Sie für ein Gefühl im Hinblick auf den 9. Juni?

Kaspar Villiger: Dass die Reform von Regierung und Verwaltung kein populäres Anliegen ist, war für mich immer klar. Die Vorlage ist vor allem wegen der Staatssekretäre umstritten. Aber dass sie, wie behauptet wird, sogar eine Aufblähung der Verwaltung bewirken soll, ist für mich ein Rätsel. Das Gegenteil trifft zu! Die Reform will nicht nur eine effizientere, sondern auch eine schlankere Verwaltung: Mittelfristig werden sogar fünf Prozent des Personals abgebaut.

Damit nehmen Bundesrat und Parlament die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Wirtschaft sehr ernst. Ich hoffe, dass ich in den verbleibenden zwei Wochen noch einige Unschlüssige von den grossen Vorteilen der Reform überzeugen kann.

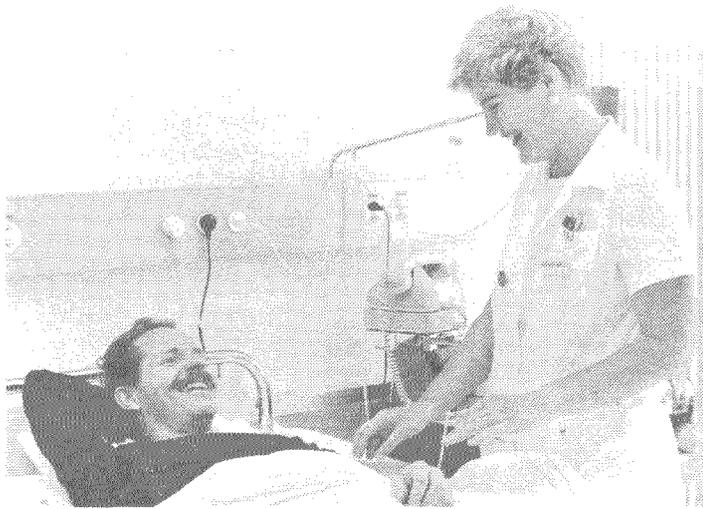
Beunruhigende Signale aus dem EDI

Trix Heberlein,
Nationalrätin, Zollikon

Das zuständige Departement des Innern (EDI) ist offenbar daran, einen Antrag vorzubereiten, wonach bei der Berechnung der Beiträge an die Kantone zur Verbilligung der Krankenkassenprämien neu nicht nur die Faktoren Einwohnerzahl und Finanzkraft berücksichtigt werden sollen, sondern auch die durchschnittliche Prämienhöhe in den Kantonen. Dies, obschon bereits in den Beratungen im Parlament diese Möglichkeit in der «harmloseren» Version als «Kann»-Vorschritt heftig umstritten war.

Dreifuss: Zickzackkurs

Nach kaum sechs Monaten Erfahrung mit dem neuen KVG soll nun nach dem Willen von Bun-



desrätin Dreifuss die Praxis der Zuteilung der Gelder geändert werden. Bestraft würden erneut diejenigen Kantone, welche Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich getroffen haben, belohnt würden die «teuren» Kantone.

Eine solche Änderung verstiesse unter anderem gegen eine dannzumal einstimmig abgegebene Äusserung der Sanitätsdirektorenkonferenz. Auch Krankenkassen und Leistungserbringer wehren sich gegen eine derart kurzfristige Neuzuteilung,

bevor erste Erfahrungen und Daten der jetzigen Regelung ausgewertet werden können.

In vielen Kantonen sind die Rechtsgrundlagen zur Prämienverbilligung noch nicht einmal definitiv erlassen, ebensowenig spielen bereits alle im Gesetz vorgesehenen Kostendämpfungs-massnahmen, da für diese Übergangsfristen vorgesehen sind.

Falsche Anreize

Eine Neuverteilung der Bundesgelder im heutigen Zeitpunkt würde klar falsche Anreize setzen – und dies in einer für die Akzeptanz und den schwierigen Vollzug des KVG äusserst kritischen Phase.

Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat der Versuchung widerstehen wird, kurzfristige Änderungen vorzunehmen, die finanzpolitisch und staatspolitisch äusserst problematisch sind. ■

Die Arbeit der FDP

Jahresbericht
Rapport annuel

Name: _____ 6/96

Vorname: _____

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

95/96

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

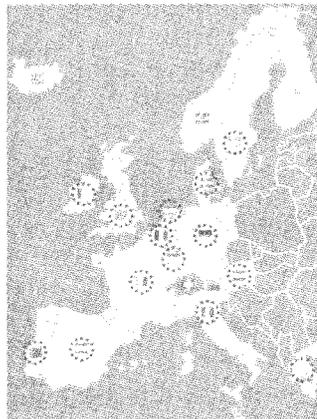
_____ Ex. Jahresbericht 95/96

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern

Fax (031) 312 19 51

Nur Westeuropäer!



Die kontrollierte Personalfreizügigkeit gilt nur für Bürgerinnen und Bürger aus den 18 Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR):

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Dänemark | <input checked="" type="checkbox"/> Island |
| <input checked="" type="checkbox"/> Deutschland | <input checked="" type="checkbox"/> Italien |
| <input checked="" type="checkbox"/> Belgien | <input checked="" type="checkbox"/> Liechtenstein |
| <input checked="" type="checkbox"/> England | <input checked="" type="checkbox"/> Luxemburg |
| <input checked="" type="checkbox"/> Finnland | <input checked="" type="checkbox"/> Norwegen |
| <input checked="" type="checkbox"/> Frankreich | <input checked="" type="checkbox"/> Österreich |
| <input checked="" type="checkbox"/> Griechenland | <input checked="" type="checkbox"/> Portugal |
| <input checked="" type="checkbox"/> Holland | <input checked="" type="checkbox"/> Schweden |
| <input checked="" type="checkbox"/> Irland | <input checked="" type="checkbox"/> Spanien |

Kontrollierte Personalfreizügigkeit:

Eine gegenseitige Nachbarregelung mit Westeuropa.

Eine Information der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wf).
Verlangen Sie die Info-Broschüre (gratis):
Wf, Personalfreizügigkeit, Postfach 502, 8034 Zürich

Vorname: _____
Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Ein Rahmen für die Landwirtschaft

Die Diskussion um einen neuen landwirtschaftlichen Verfassungsartikel dauert nun schon seit 15 Jahren an. Zwei Initiativen zu dessen Neugestaltung, die Kleinbauerninitiative im Jahre 1989 und der Gegenvorschlag zur Initiative des Schweizerischen Bauernverbandes im letzten Jahr, sind verworfen worden. Anlässlich der Abstimmung vom 9. Juni wird sich nun der Gegenvorschlag zur Bauern- und Konsumenteninitiative dem Volksurteil unterziehen müssen.

Marcel Sandoz,
Nationalrat, Lavigny

Die zahlreichen Erneuerungsversuche, die bis heute zu diesem Thema unternommen wurden, zeigen, wie wichtig es ist, der Landwirtschaftspolitik eine neue Richtung geben zu können.

Genau das will der Gegenvorschlag. Es handelt sich im Grunde genommen darum,

- den Reformen, die im Moment in der Landwirtschaft stattfinden, eine Verfassungsgrundlage zu geben,

- dem landwirtschaftlichen Sektor die Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ihm erlauben werden, die durch die neue Agrarpolitik gesteckten Ziele, die vom Parlament mit dem 7. Landwirtschaftsbericht im Jahre 1992 gutgeheissen wurden, auch zu verwirklichen. Gleichzeitig entspricht diese Politik ebenfalls dem Volkswillen.

Der erste Teil des Gegenvorschlages enthält die von unserer Landwirtschaft zu erfüllenden Aufgaben und somit auch die Anforderungen, die unsere Gesellschaft an sie stellt. Es geht dabei vor allem um die Produktion von Nahrungsmitteln, aber auch um die Landschafts- und Umwelpflege und die dezentrale Besiedlung.

Ökologie und Tierschutz aufwerten

Im zweiten Teil werden die hauptsächlichen Instrumente vorgestellt, mit denen der Bund die gesteckten Ziele erreichen will.

Erwähnenswert ist auch, dass der Bund vor allem darauf bedacht ist, eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft und

entsprechende Betriebsformen zu fördern. In diesem Sinn gewährt er in der Verfassung verankerte Direktzahlungen. Um in den Genuss dieser Direktzahlungen zu kommen, muss der Beweis ökologischer Produktionsweisen erbracht werden können.

Die Direktzahlungen nach Artikel 31a, welche die durch die Produktion verursachten Mehrkosten kompensieren sollen, werden beibehalten; sonst werden die Direktzahlungen prioritär durch Artikel 31 b geregelt, der zusätzlich noch Bestimmungen über die obligatorische Deklarationspflicht, die Qualität, die Produktionsmethoden und die Verarbeitung unserer Produkte enthält.

Die Grundlagen für die Finanzierung politischer Massnahmen in der Landwirtschaft werden im dritten Teil aufgeführt. Der Bund setzt sowohl an die Landwirtschaft gebundene Kreditgelder als auch allgemeine Mittel der Eidgenossenschaft dafür ein.

Deklarationspflicht für Lebensmittel

Die Bauern sind angesichts der tiefgreifenden landwirtschaftlichen Reformen stark verunsichert. Als erste Priorität muss gegenwärtig die Richtung klar gewählt werden, die man einzuschlagen gedenkt. Zugleich ist es notwendig, für die Bauern einen Rahmen festzulegen, der sie dazu ermutigt, sich wieder für die Gegenwart und die Zukunft einzusetzen.

Dieser Verfassungsartikel präzisiert die Richtung, die eingeschlagen werden muss: mehr Markt und mehr Ökologie. Die neue Vorlage ist ökologischer als der Verfassungsartikel, der im

März 1995 vom Volk abgelehnt wurde.

Sicher wird im Jahr 2000 die grosse Mehrheit der Bauern bereits mit ökologischen Produktionsmethoden arbeiten. Genau dieses Ziel haben wir uns im Rahmen der Berufspolitik ebenfalls gesetzt. Wenn man bedenkt, dass heute schon, vier Jahre nach der Einsetzung von ökologischen Programmen, die Hälfte aller Bauern diese auch befolgt, kann man mit Zuversicht annehmen, dass wir erfolgreich sein werden.

Nach 15 Jahren scheint jetzt endlich ein gangbarer Kompromiss gefunden worden zu sein. Wollen wir für die konkreten Probleme unserer Bauern umgehend Lösungsansätze finden, so

ist es an der Zeit, endlich mit den Streitigkeiten aufzuhören und diesem Artikel zuzustimmen.

Den Konsumenten zuliebe führt dieser Verfassungsartikel die obligatorische Deklarationspflicht ein. Diese seit der Abstimmung vom 12. März immer wieder gestellte Forderung kann nun endlich erfüllt werden.

Realistisch und sinnvoll

Der neue Verfassungsartikel ist sinnvoller und realistischer als die Kleinbauerninitiative, die viel zu weit geht. Wird der neue Verfassungsartikel angenommen, so bedeutet dies auch, dass die Kleinbauerninitiative, über die noch abgestimmt werden muss, wenig Chancen haben wird. ■

Nicht am Kopf abmageren!

Schlankheitskuren müssen den Bauch beseitigen.

Auch im Bund.

Die Regierungsreform führt die schlanke Verwaltung ein und stärkt den Bundesrat.

JA

Deshalb

zur

Regierungs- und Verwaltungsreform

am 9. Juni

Eidg. Komitee, «Für mehr Effizienz im Bund», Postfach 6136, 3001 Bern

Frauenrelevante Anliegen diskutiert

Neuwahlen in den Vorstand sowie ein Referat von Nationalrätin Dr. iur. Lili Nabholz zum Thema «Mutterschaftsversicherung und Sozialversicherungen aus freisinniger Frauensicht» standen im Mittelpunkt der jüngsten Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz in Bern.

Madeleine Kuhn-Baer,
Landrätin aus Glarus

Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich,

freute sich über den vollen Saal im Casino Bern. In ihrem Jahresbericht erinnerte sie zunächst an die zwei Präsidentinnenkonferenzen des Berichtsjahres, an denen verschiedene frauenrele-

vante Anliegen diskutiert wurden.

«Mit Genugtuung haben die Frauen zur Kenntnis genommen, dass sich ihr Einsatz bei der Abstimmung über die 10. AHV-Revision gelohnt hat», betonte F. Frey-Wettstein. Sehr bewährt habe sich dabei das vorgängige Ausbildungsseminar mit der Mutterpartei – diese Form soll für wichtige Themen weitergeführt werden.

Ebenfalls mit Genugtuung erfüllt die FDP-Frauen der Entscheid des Parlamentes zum Gleichstellungsgesetz. «Das Ausbleiben eines Referendums zeigte, dass für diese Forderung eine breite Akzeptanz vorhanden war», so die Präsidentin.

Sie erinnerte weiter an die Bemühungen bezüglich Einführung der Abtreibungspille RU 486. Verhandlungen mit einer möglichen Vertriebsorganisation in der Schweiz sind im Gang.

Gut besucht war im August 1995 die Tagung «Schul(re)formen für die liberale Familie» in Zürich. Als gute Sache erwies sich zudem das gemeinsam von den bürgerlichen Frauen organisierte Fest im Schützenhaus Albisgüetli in Zürich vor den National- und Ständeratswahlen. Gleich drei Bundesräte feierten mit. «Ein gemeinsames Foto der Frauenkandidatinnen für den National- und den Ständerat der drei bürgerlichen Parteien aus der ganzen Schweiz manifestierte, dass eine grosse Zahl von bürgerlichen Frauen zur Verfügung stehen und gewählt werden können», stellte die Präsidentin fest. Der Ausgang der Wahlen war für die FDP-Frauen dann besonders im Ständerat recht erfolgreich: Die Vertretung konnte um fünf Mandate gesteigert werden, im Nationalrat um drei.

F. Frey-Wettstein erinnerte zudem an den 5. Schweizerischen Frauenkongress. Dieser hätte zwar durch seine grosse Vielfalt und Kreativität beeindruckt. Es sei aber gleichzeitig zum Ausdruck gekommen, dass Kongresse, Demonstrationen und dergleichen nicht unbedingt eine bürgerliche Sache seien. Die

FDP-Frauen hatten am Kongress mit einem eigenen Workshop zum Thema «Neue Märkte – Betreuungsrbeit» daran teilgenommen.

Neuwahlen in den Vorstand

Da 1996 ein Wahljahr ist, gab es Rücktritte im Vorstand zu verzeichnen: Klara Brogli, Madeleine Kuhn-Baer, Katharina Lauterburg und Ursula Zollinger wurden mit dem besten Dank für ihr Engagement verabschiedet.

Die anwesenden Delegierten bestätigten Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, die beiden Vizepräsidentinnen Barbara Maienfisch und Véronique Grolimund sowie die Kassiererinnen Irene Aegeter. Neu in den Vorstand gewählt wurden Ursula Stähli, Aargau, und Beatrice Seiterle-Weiss, Schaffhausen. Als «Schnupperfrauen» nehmen künftig auch Brigitte Bolli, Bern, Therese Kappeler, Zürich, und Brigitte Kaufmann, Thurgau, an den Sitzungen teil.

Thema der nächsten Jahrestagung soll der Bereich Sozialversicherungen sein. Daneben werden sich die FDP-Frauen Schweiz im laufenden Jahr selbstverständlich auch anderer wichtiger Frauenfragen annehmen. Die Präsidentinnen tagen am 29. Oktober 1996 in Zürich. ■

Mit Mutterschaftsversicherung Mängel beheben

mb. Im Anschluss an die statutarischen Traktanden referierte Nationalrätin Dr. iur. Lili Nabholz zum Thema «Mutterschaftsversicherung und Sozialversicherungen aus freisinniger Frauensicht». Die Freisinnigen gälten zwar als Bremser, wenn es um soziale Anliegen gehe, doch dürften sie stolz sein auf die bisherigen Leistungen, betonte L. Nabholz: «Es gab bisher keine Revision im Sozialversicherungsbereich ohne massgebliche Beiträge der Freisinnigen.»

Neuer Solidaritätsgedanke

Beim Dauerthema Mutterschaftsversicherung werden gemäss der Nationalrätin neue Solidaritäten angesprochen: Durch die im Alternativmodell vorgeschlagene Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen alle zur Finanzierung bei, also auch der immer grössere Anteil der Rentnerinnen und Rentner.

Gegenüber den heutigen Regelungen des Mutterschaftschutzes könnten mit der vorgeschlagenen Mutterschaftsversicherung Ungleichbehandlungen, Lückenhaftigkeit und Unsicherheiten bei den Arbeitnehmerinnen beseitigt werden. «Es

gäbe eine klare Lösung für alle», erklärte Lili Nabholz. Ausserdem könnte die Abhängigkeit der Lohnfortzahlungsleistungen von der Dienstaltersfrage gelöst werden. Der Handlungsbedarf sei nicht nur wegen der 50 Jahre gegeben: «In der Anlage der Realität sind Mängel, die behoben werden müssen.»

Die Nationalrätin lobte Präsidentin Franziska Frey-Wettstein für ihre sehr aktive Rolle in Sachen Mutterschaftsversicherung und dankte ihr herzlich, dass sie es gewagt habe, in unkonventionellen Ideen und unkonventionellen Allianzen zu diskutieren.

Kompromisse sind nötig

«Fragen und kritische Bemerkungen haben alle», meinte die so Gelobte, aber: «Alle Seiten mussten gewisse Kompromisse machen und sind über ihren Schatten gesprungen. Wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, dann nur mit einer gemeinsamen Basis in den wesentlichen Fragen.» Die Präsidentin ermunterte die Frauen, das Thema in ihren Gruppen zu diskutieren und die Ergebnisse dieser Diskussionen dem Vorstand der FDP-Frauen Schweiz mitzuteilen. ■



Sparen? – Nein danke!

An den letzten Bundesratsparteien-Gesprächen stellte die FDP ein Papier zur Diskussion, welches die Sanierung der Bundesfinanzen bis 2001 zum Ziel hat. Über konkrete Eckwerte soll dieses Ziel erreicht werden. Notwendigkeit also für die vier Regierungsparteien, budgetpolitisch Farbe zu bekennen. Fazit: Wo FDP, SVP und CVP – letztere mit den üblichen argumentativen Pirouetten – ihren Sparwillen bekräftigen, kneift die SP und will – ausgerechnet! – auf ein Wirtschaftswunder warten.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz



Die internationale Erfahrung aus Sanierungsprogrammen lehrt dreierlei:
■ Sanierungsprogramme sind erfolgreicher in Phasen wirtschaftlichen Wachstums.

■ Ehrgeizige Sanierungsprogramme führen eher zum Ziel als Programme mit minimalen Defizitreduktionen.

■ Sanierungsprogramme, welche hauptsächlich auf Ausgabenkürzungen beruhen, sind erfolgreicher als Programme, welche über Einnahmenerhöhungen zum Ziel kommen wollen.

Dabei haben vor allem nicht-keynesianische Effekte sowie markante Defizitreduktionen erfolgreicher Sanierungsübungen zu Wirtschaftswachstum und positiven Beschäftigungseffekten

geführt. Klare Botschaften also, müsste man eigentlich meinen:

■ Sanierungsprogramme müssen ausgabenseitig erfolgen.

■ Sparen ist Voraussetzung für Wachstum und Arbeitsplätze.

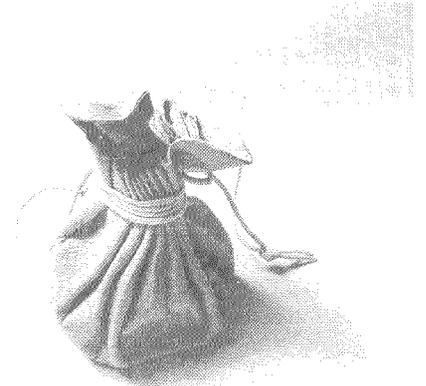
Die SP aber will nicht sparen. Sie zieht es vor, auf ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu hoffen, das alle finanziellen Probleme lösen soll. Ein Wirtschaftswachstum notabene, das die SP in den letzten Jahrzehnten nach Kräften zu verhindern und verteufeln versucht hat und dessen Voraussetzungen sie auch heute noch bekämpft – wie etwa die Revision

des Arbeitsgesetzes, des Kriegsmaterialgesetzes oder die Gentechnologie wieder zeigen.

Dass nur ein finanziell gesunder Staat ein sozialer Staat sein kann, ist eine alte Wahrheit und sollte eigentlich auch der SP bekannt sein. Wer die Schuldenwirtschaft fortsetzen will, stellt letztlich nicht nur unseren Wohlstand aufs Spiel, sondern auch den Spielraum kommender Generationen. Es wäre auch für die SP an der Zeit, diese Tatsachen anzuerkennen und als Regierungspartei Verantwortung zu übernehmen. ■



Hoffentliche kommt er bald, der grosse Augenblick, wenn die SP merkt, dass mit einem leeren Staatssäckel kein (Sozial-)Staat zu machen ist. (Photo ruti/senn)



KOMMENTAR

Kühlen Kopf bewahren

MRS/PG. Seit die SonntagsZeitung durch eigene Recherchen zur Aussage des «Lehrstellenmangels» gelangte, herrscht in der Schweizer Bundespolitik wieder der Aktivismus vor. Ohne sich auf fundierte Zahlenangaben abstützen zu können, wird momentan vor allem mit Emotionen statt mit Sachlichkeit über die aktuelle Situation von Lehrstellenbewerbern diskutiert. Das gegenteilige Verhalten wäre aber angezeigt.

Die SonntagsZeitung schreibt, dass in der Schweiz zurzeit jeder dritte Jugendliche keine Lehr-

stelle findet. Zu dieser Aussage gelangt die Zeitung durch eine eigene, bei 28 Oberschul-, Real- und Sekundarschulklassen durchgeführten Umfrage in den Kantonen Luzern, Basel-Stadt und Zürich. So lobenswert der dahinterstehende Arbeitsaufwand, so bedauerlich ist zugleich die fehlende Repräsentativität der Abklärung.

Fehlende Daten

Es ist eine Tatsache, dass die Datensammlung und damit das Wissen über Lehrstellenangebot

und -nachfrage zurzeit absolut ungenügend ist. Das Bundesamt für Statistik misst diesen Indikator bis heute nicht. Ebenso verfügt das BIGA über keine zuverlässigen Daten.

Die wenigen wissenschaftlich durchgeführten Analysen zeigen vielmehr oft ein anderes als das in den Medien wiedergegebene Bild. So schreibt etwa das Amt für Berufsbildung des Kantons Zürich, es sei eher unwahrscheinlich, dass Jugendliche, die heute ohne Lehrstelle sind, bei einem grösseren Angebot eine Lehrstelle hätten.

Umfassende Abklärung nötig

Notwendig ist heute eine objektive Abklärung der Lage. So

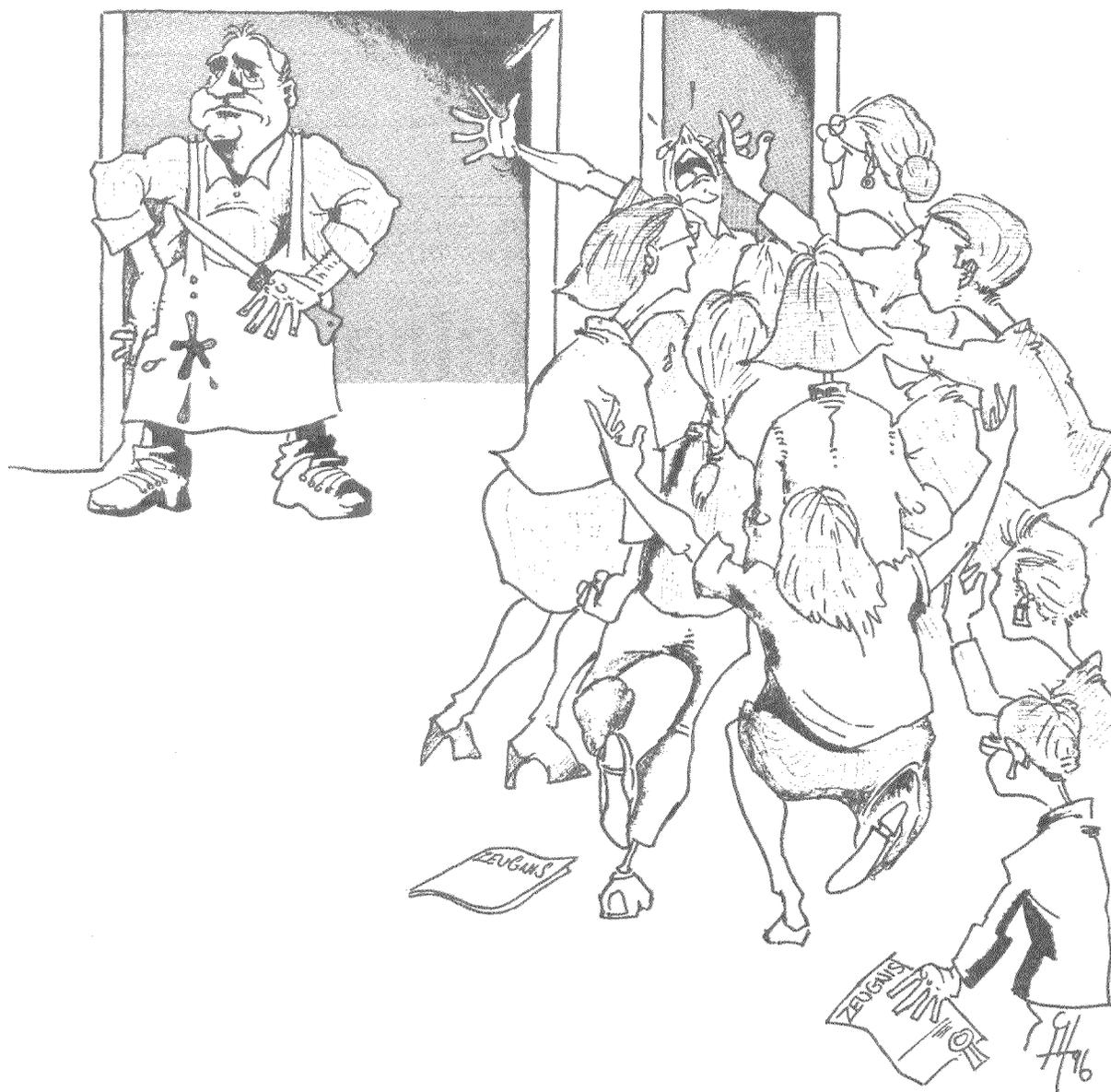
wären z.B. Informationen von Bedeutung, die den Zusammenhang zwischen der immer grösseren Zahl an Gymnasiasten (statistisch bewiesen) und der Charakteristik der Lehrstellenbewerber nach Schulnoten oder Herkunftsländern darstellen.

Politische Akteure, die bereits heute etwa nach Strafsteuern für Unternehmen verlangen, welche zu wenig Lehrstellen anbieten, argumentieren zurzeit im luftleeren Raum. Jetzt ist eine objektive Lagebeurteilung notwendig, und erst danach ist über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Eine solche Methodik würde auch denjenigen Jugendlichen zugute kommen, die heute tatsächlich keine Lehrstelle finden. ■

LEHRSTELLEN

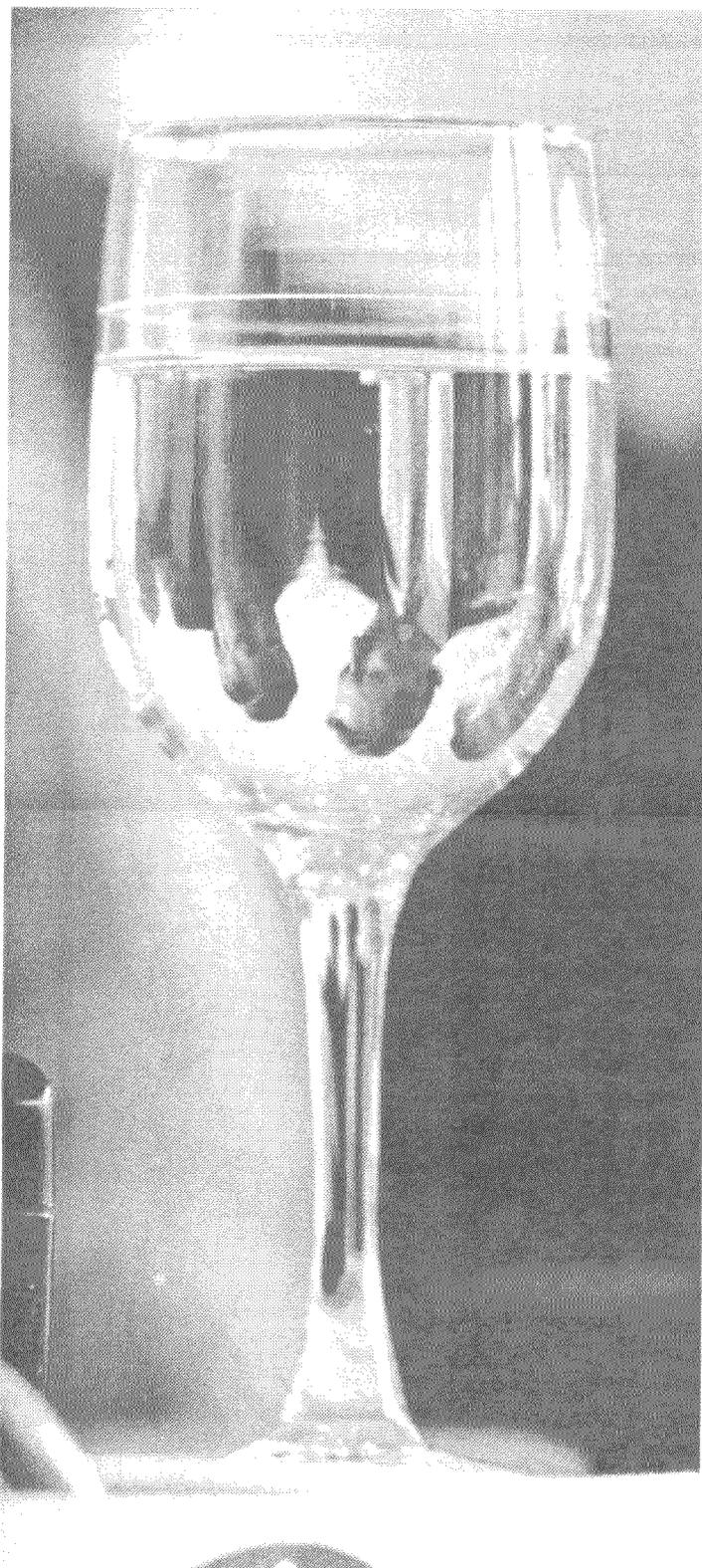
METZGER/-IN

ARZTGEHILFIN



Karikatur Andreas Töns

Wer war es?



Drei bekannte Freisinnige steckten am Parteitag in Montreux ihre Köpfe zusammen. (Photo ruti)

Wir fragten im letzten «Freisinn»: Um wen handelt es sich? Die richtige Antwort: Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE), Generalsekretär Christian Kauter und Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger.

Aus den richtigen Einsendungen wurden ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille verlost. Die Gewinner sind: Frau **Gertrud Gribi, Lyss**, Herr **Bernd Greub, Bern**.

Herzliche Gratulation!

Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirksparteipräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation Fr. 120.– (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Norname: _____

6/96

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.

Keine Lehrstelle – mehr Staat?

Das heutige Lehrstellenangebot ist ungenügend. Dafür ist vor allem der geschwächte Wirtschaftsstandort Schweiz verantwortlich. Nun interventionistische Massnahmen des Staates zu fordern, führt jedoch nicht zum Ziel.

Wenn es der Wirtschaft gutgeht, gibt es genügend Lehrstellen. Die Schweiz hat es in den letzten Jahren jedoch verpasst, ihren Wirtschaftsstandort zu verbessern. Die gemachten Fehler lassen sich nicht von heute auf morgen aufholen. Es sind nun aber sofortige Massnahmen erforderlich: Im Juli endet die Schule, und viel zu viele Jugendliche haben noch keine Lehrstelle finden können. Statistiken beweisen, dass eine ansteigende Jugendarbeitslosigkeit auch eine steigende soziale Unruhe, Gewalt um der Gewalt willen und Kriminalität mit sich bringt. Nun aber einfach nach dem Staat zu schreien und interventionistische Massnahmen zu verlangen, hat wenig Sinn. Tatsache ist, dass für die Betriebe die Ausbildung von

Lehrlingen/-töchtern ausgesprochen unattraktiv ist. Die Jungfreisinnigen fordern deshalb fiskalische Anreize, Lehrstellen zu schaffen. So sollen z. B. die Lohn- und Ausbildungskosten abgezogen werden können. Auch die typisch schweizerische Bürokratie des Biga ist abschreckend und muss vereinfacht werden. Weiter sind schnellstmöglich neuere Berufe (z. B. im EDV-, Telekommunikations- und Sportbereich) anzuerkennen. Mittelfristig ist vom System der 400 Einzelberufe abzukommen und die Bildung von ca. 40 Berufsgruppen anzustreben. Zudem sind die Jugendlichen sofort mit einer breit angelegten Kampagne über (bisher wenig beliebte) Berufe mit hohem Lehrstellenangebot zu informieren, um deren Attraktivität zu erhöhen.

Das Problem kann gelöst werden. Es sind nun aber Massnahmen notwendig, die sofort greifen können.

Jungfreisinnige Schweiz